Drucksache 7/5538

Landtag Brandenburg

7. Wahlperiode

Antrag

der AfD-Fraktion

Landtagsbeschluss ernst nehmen - Ehrenamtliche Geschichtsarbeit im Land Brandenburg endlich stärken und unterstützen

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, den Beschluss des Landtages Brandenburg "Ehrenamtliche Geschichtsarbeit im Land Brandenburg stärken und unterstützen" vom 29. April 2021 (Drucksache 7/3199-B) in enger Abstimmung mit dem Netzwerk "Ehrenamtliche Geschichtsarbeit Land Brandenburg" umzusetzen und dem Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kultur bis zum Ende des dritten Quartals 2022 schriftlich und mündlich über den Stand der Umsetzung Bericht zu erstatten.

Begründung:

Der Landtag Brandenburg hat sich in der 42. Sitzung mit dem Beschluss vom 29. April 2021 ausdrücklich dazu bekannt, die ehrenamtliche Geschichtsarbeit durch konkrete Unterstützungsmaßnahmen zu stärken, um auf diese Weise das große Engagement der zahlreichen dort tätigen Personen und Vereine zu würdigen.

So sollte im Laufe des Jahres 2021 ein Ansprechpartner im Geschäftsbereich des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur benannt werden, um die ehrenamtliche Geschichtsarbeit zu fördern, die Tätigkeiten der ehrenamtlich tätigen Ortschronisten, Heimatforscher, Denkmal- und Bodendenkmalpfleger in Brandenburg zu betreuen und sie bei ihrem Bemühen um eine landesweite Vernetzung zu unterstützen.

Es wurde weiterhin beschlossen, die Arbeit der in der Geschichtsarbeit ehrenamtlich tätigen Personen in der Kultur-, Tourismus- und Wirtschaftspolitik des Landes stärker zu berücksichtigen.

Das zuständige Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur weigert sich bis heute, diesen Landtagsbeschluss umzusetzen. Diese Tatsache trifft auf große Enttäuschung und Unverständnis bei den Betroffenen, wie aus der öffentlichen Erklärung des Netzwerkes "Ehrenamtliche Geschichtsarbeit Land Brandenburg" vom 29. April 2022 hervorgeht. Darin werden u. a. die grobe Missachtung des Parlamentsbeschlusses sowie das Ausbleiben der zugesagten Unterstützungsmaßnahmen kritisiert.

Eingegangen: 10.05.2022 / Ausgegeben: 10.05.2022